

mitte drin

Ausgabe 12 / 2013 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Karl-Marx-Allee und Interbau 1957

Gemeinsame Kandidaten für das Weltkulturerbe

Im letzten Sommer hat der Berliner Senat die Initiative des Bürgervereins Hansaviertel, des Corbusierhaus e.V. und der Hermann-Henselmann-Stiftung aufgegriffen und die beiden städtebaulichen Ensembles der Karl-Marx-Allee zwischen Proskauer Straße und Alexanderplatz sowie der Interbau 1957 (Hansaviertel, Akademie der Künste am Hanseatenweg, Kongresshalle im Tiergarten, Corbusierhaus am Olympiastadion) gemeinsam als Berliner Kandidaten für die deutsche Liste zum Weltkulturerbe nominiert.

Ausgangspunkt war die Überlegung, dass an keinem anderen Ort der Welt die politische Konfrontation und Konkurrenz zwischen Ost und West so deutliche Spuren in Architektur und Städtebau hinterlassen hat wie in Berlin – und dies schon vor dem Mauerbau 1961. Über einen Zeitraum von mehr als zwanzig Jahren entstanden im Wechselspiel von Bau

und Gegenbau nach Plänen renommierter Architekten einzigartige Stadtensembles. Sie repräsentieren in einmaliger Prägnanz, Dichte und Qualität die beiden seinerzeit international relevanten und durch die jeweiligen Besatzungsmächte geförderten Strömungen von Architektur und Städtebau der Nachkriegszeit.

Im Osten entwickelte sich an der Stalinallee, der «ersten sozialistischen Straße Deutschlands», ein dekorativer, regionaler Historismus (repräsentativer Boulevard mit „Wohnpalästen“ und markanten Torplätzen), im Westen wurde mit der Internationalen Bauausstellung (Interbau) 1957 demonstrativ an die (westliche) Internationale Moderne angeknüpft (aufgelockerter, durchgrünter Stadtgrundriss mit Solitärbauten). Während sich die DDR nach sowjetischem Vorbild Anfang der 1950er Jahre von der architektonischen und städtebaulichen Moderne



Blick auf die Karl-Marx-Allee

Foto: Wikipedia

(„Kosmopolitismus“, „imperialistischer Bauhaus-Stil“) abwandte, um nur wenige Jahre später, wiederum nach sowjetischem Vorbild, mit

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Warum werden junge Leute Mitglied bei der LINKEN?

Sie haben klare Vorstellungen: Katharina, 22, Geografie-Studentin, will eine rücksichtsvolle und soziale Gesellschaft. Ulas, 32, Diplom-Kaufmann, will sich mit sozialer Ungerechtigkeit nicht abfinden. Sie ist ja nicht Theorie, sondern pure Realität.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Schwarz-rote Koalition des (Ver)schweigens in Mitte

Berlins Senator für Stadtentwicklung, Michael Müller, informierte sich einen ganzen Tag über die Miet- und Wohnungssituation in Mitte. Sven Diedrich von der Linksfraktion der BVV fragte nach Ergebnissen und Erkenntnissen. Die Zählgemeinschaft schwieg.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Wie weiter mit dem Kampf um das Haus der Gesundheit?

Mehr als 500 Patienten und Mediziner haben im Kino Babylon engagiert bekräftigt: Diese Einrichtung bleibt! Senator Czaja bekam Listen mit 5000 Unterschriften auf den Weg – 5000 Mahnungen. Was jetzt zu tun ist, sagt Carola Bluhm, MdB der Linkspartei

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ Weitersagen +++ weitersagen +++

KOEVOOLUTION DER MODERNE - Karl-Marx-Allee/Interbau 1957

Der Berliner Senat hat im Sommer 2012 den Antrag gestellt, Karl-Marx-Allee und Interbau 57 gemeinsam für die Liste des Weltkulturerbes zu nominieren.

9. Hermann-Henselmann-Kolloquium am 16. Dezember 2013, 10 bis 20 Uhr im Berliner Congress Centrum am Alexanderplatz, 10178 Berlin

Alle fachlich Interessierten und insbesondere die AnwohnerInnen sind herzlich eingeladen.

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Integrationspreis der BVV Mitte verliehen

Es ist mittlerweile ein guter Brauch in Mitte, dass die Bezirksverordnetenversammlung alle zwei Jahre einen Integrationspreis auslobt. Sie ehrt damit Personen, die sich besonders aktiv für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen.

Der Ausschuss für Integration – die Preis-jury – hat in diesem Jahr beschlossen, den Integrationspreis 2013 sowohl an eine Person als auch an eine Vereinigung zu verleihen. Aus der Vielzahl der Vorschläge wählte sie Herrn Jossif Gofenberg sowie das Projekt „Betreuer Wohnverbund für Migranten des Behandlungszentrums für Folteropfer e.V.“ aus.

Jossif Gofenberg ist Leiter des von ihm ins Leben gerufenen Klezmer-Zentrums der Musikschule Mitte. Vor neun Jahren gründete er das mit dem Integrationspreis 2013 ausgezeichnete Projekt „Gofenberg & Chor“. Unter dem Motto „Wenn Du singst, wie kannst Du hassen“ musizieren Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und Nichteinwanderer miteinander. In der Laudatio des Vorsitzenden

des Ausschusses für Integration heißt es: „Mit der Kraft der Musik werden Brücken gebaut für einen neuen Dialog zwischen Juden und Nichtjuden, aber auch zwischen Einwanderern und Nichteinwanderern.“

Es gehörte zur Preisverleihung während der BVV-Sitzung im November, dass die Bezirksverordneten in den Genuss einer Kostprobe des Könnens des Chors kamen.

Für den zweiten Preisträger – das Projekt „Betreuer Wohnverbund für Migranten“ – nahm Frau Susanne Höhne den Preis entgegen. In diesem Wohnverbund erhalten Flüchtlingsfrauen einen geschützten Raum, in dem sie erstmal zu sich kommen können und dann therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen. In ihrer Dankesrede sprach sie über die betreuten Flüchtlingsfrauen, die traumatisierende und lebensbedrohende Verfolgungsschicksale durchlitten haben.



Gofenberg & Chor – Träger des Integrationspreises 2013

Foto: Gofenberg

Solch eine beeindruckende Rede, in der so lebensnah und warmherzig das Projekt den Anwesenden nahe gebracht wurde, kann wohl nur jemand halten, der voller Achtung vor der Lebenskraft dieser Frauen sich engagiert. Allen Mitarbeiterinnen des Projektes Dank für ihre Arbeit. Den beiden Preisträgern herzlichen Glückwunsch!

Elke Reuter

SPD und CDU verhindern Auskunft über den Besuch des Senators für Stadtentwicklung Michael Müller im Bezirk Mitte

Oder: Keine Auskunft ist auch eine

Die Fraktion DIE LINKE wollte in der Sitzung der BVV am 21.11. mit einer dringlichen Anfrage in Erfahrung bringen, was der Besuch des Senators für Stadtentwicklung in Mitte am 18.11.2013 an Erkenntnisgewinn brachte.

Wir sollten es nicht erfahren an diesem Abend in der BVV. Die Zählgemeinschaft aus SPD und CDU verhinderte mit ihrer Mehrheit die Beantwortung der Fragen nach den Folgen einer Zweckentfremdungsverbotsverordnung für die zweckfremde Nutzung von Mietwohnungen als Ferienwohnungen. Wir wollten wissen, was das vom Senat inszenierte Mietbündnis für die von der Sanierung betroffenen Bewohner des Wohnkomplexes in der Karl-Liebknecht-Straße / Rosa-Luxemburg-Straße bedeuten könnte.

Einen ganzen Tag lang informierte sich der Senator im Beisein des Bezirksbürgermeisters und des Bezirksstadtrates für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung. Bereits der erste

Tagesordnungspunkt war nicht öffentlich. Was barg dieser Besuch an Brisanz in sich? Warum wurde das Bezirksamt von SPD und CDU zum Schweigen verdonnert? Wir wissen es nicht, wir können nur mutmaßen. Z. B. dass das Mietbündnis nichts ist als eine folgenlose Phrase. Oder dass die Bewohner der Wilhelmstraße von der gerade eben beschlossenen Zweckentfremdungsverbotsverordnung keine Verbesserung ihrer Lage zu erwarten haben, die geprägt ist von jahrelanger Lärm- und Schmutzbelastung durch Touristen, die wohnen, wo sie nicht wohnen sollten, in zweckentfremdeten Mietwohnungen zwischen ganz normalen Mietern. Vielleicht wären die Antworten ein Eingeständnis gewesen in das große Scheitern des Senators. Vielleicht hatten sie keine Lust auf Schönfärberei an diesem Abend. Aber das wäre ja ein mutiger Zug gewesen. Und Mut haben die Verordneten von SPD und CDU an diesem Abend keineswegs bewiesen – wieder mal nicht.

Sven Diedrich

Ergebnisse der BVV

► Anfragen u.a.

Hat das Bezirksamt neue Erkenntnisse über den Stand der ärztlichen Versorgung im Einzugsbereich des Hauses der Gesundheit? Wann werden gemäß dem „Letter of Intent“ die kleinräumigen Daten zur ärztlichen Versorgung erhoben und durch wen? Was hat das Bezirksamt gegenüber dem Senat und der Kassenärztlichen Vereinigung unternommen, um das Haus der Gesundheit an seinem jetzigen Standort dauerhaft zu sichern?

DIE LINKE 1128/IV

Wie ist der Stand des Abschlusses von Verträgen mit Firmen zur Versorgung der Schüler/innen mit Schulmittagessen ab Inkrafttreten der gesetzlichen Neuregelungen zum 1. Februar 2014? Wie reagieren die Eltern auf die deutlich höhere finanzielle Beteiligung an den Kosten für das Mittagessen? Durch welche Maßnahmen hat das Bezirksamt sichergestellt, dass anspruchsberechtigte Eltern über die Möglichkeiten finanzieller Zuschüsse für die Finanzierung des Schulmittagessens informiert sind und diese auch in Anspruch nehmen?

DIE LINKE 1121/IV

„Keine Theaterbühne, sondern Anwalt der Benachteiligten“

Teil 1: Neumitglieder des Jahres 2013 erklären, was sie bewegt

Der Partei DIE LINKE wird ein hoher Altersdurchschnitt nachgesagt. Aber es gibt jedes Jahr auch viele junge Neumitglieder – auch 2013 wieder. Sie sind nachdenklich, engagiert, sympathisch und haben einen hohen Anspruch an die Partei. Hier kommen einmal die Neuen zu Wort und erklären, was sie bewegt.

Katharina Mayer (22), Geographiestudentin, Mitglied seit Mai

Mittendrin: Was hat Dich zum Eintritt bewegt?

KM: Meine Eltern sind schon lange aktive SPDler. Ich wollte auch immer politisch aktiv werden, war aber von der SPD nie richtig überzeugt. In Rheinland-Pfalz, von wo ich stamme, wird ein Bild von der Linken vermittelt, das mich lange hinderte, mich mit der Partei zu befassen. Eine Diskussion mit Jan Korte im Bundestag Anfang des Jahres hat mich so überzeugt, dass ich mich entschlossen habe, der LINKEN beizutreten.

Mittendrin: Bei welchen Basisorganisationen oder Veranstaltungen der Partei bist Du vor allem anzutreffen?

KM: Ich bin bei den Peaceful Streetfighters (Jugend-BO in Mitte) und seit kurzem bin ich auch in der Landesarbeitsgemeinschaft Städtebau und Wohnungspolitik.

Mittendrin: Was erwartest Du von der Partei?

KM: Ich hoffe, dass die Linke es schafft, ein Umdenken zu erreichen: Weg von der Profitgier, hin zu einer rücksichtsvollen und sozialen Gesellschaft.

Ulas Tekin (32), Diplom-Kaufmann, Mitglied seit September

Mittendrin: Was hat Dich zum Eintritt bewegt?

UT: Interesse, Freunde, Stolz, Protest: Ich bin schon immer leidenschaftlich politisch, speziell im Sinne sozialer Gerechtigkeit. Schon vor dem Eintritt kannte ich LINKE-Mitglieder und fand die sehr sympathisch. Dann finde ich, es hat etwas, Veranstaltungen im Karl Liebknecht-Haus am Rosa-Luxemburg-Platz zu besuchen. Und Protest gegen herrschende Verhältnisse war beim Eintritt auch dabei.

Mittendrin: Bei welchen Basisorganisationen oder Veranstaltungen der Partei bist Du vor allem anzutreffen?

UT: Ich habe mir die Jugend-BO Peaceful Streetfighters in Mitte ausprobiert. Daneben möchte ich auch einige Veranstaltungen der Linken in Neukölln besuchen.

Mittendrin: Was erwartest Du von der LINKEN?

UT: Ich erwarte, dass DIE LINKE die Stimme der Benachteiligten ist und keine Theaterbühne für profilierungssüchtige pseudo-sozialistische Politiker. Soziale Ungerechtigkeit ist keine Theorie sondern pure Realität. Bei der Aufklärung ist die Partei meiner Ansicht nach oft zaghaft, die neoliberale Seite installiert ihr Gedankengut dagegen mit Riesenschritten.

Die Gespräche führte André Ullmann



Katharina Mayer



Ulas Tekin

Fotos: privat

Einladung zur thematischen
Fraktionssitzung
**„Kindergärten City“
Eigenbetrieb von Berlin – zwischen
Anspruch und Wirklichkeit**
mit Klaus-Harald Straub, Pädagogischer
Geschäftsführer; Susanne Kabitz,
Kaufmännische Geschäftsleiterin und
Christiane Weißhoff, Personalrätin
am **Dienstag, 10.12.2013, 19.30 Uhr** in
der Kultur-Kantine, Saarbrücker Straße
24, Haus C (U-Bahnhof Senefelder Platz)

Fortsetzung von Seite 1: **Karl-Marx-Allee und Interbau 1957**

der Industrialisierung des Bauwesens nach und nach zu ihr zurückzukehren, vertrat der Westen lange Jahre uneingeschränkt das Konzept der «aufgelockerten und gegliederten Stadt».

Was einstmals als konfrontativer Städtebau entstand und unerbittliche Konkurrenz ausdrückte, kann heute – nach der Systemkonfrontation und mit kritischem Blick auf regionalen Historismus und internationalen Modernismus – als gemeinsames Kulturerbe des ehemals geteilten Europa im wiedervereinten Berlin erschlossen und vermittelt werden.

Mit dieser Position hat sich endlich – und zwar auf breiter politischer Grundlage – in Berlin der Respekt vor dem nachkriegsmo- dernen Städtebau, also auch vor dem Städtebau

der DDR in seinen verschiedenen Phasen, durchgesetzt. Erinnern Sie sich? Noch in den 1990er Jahren gab es Pläne, gerade diese nachkriegsmo- dernen Stadtquartiere zu überformen und aus der Geschichte der Stadt zu tilgen. Mit der Ausweisung als Welterbekandidat steigt auch der Umgebungsschutz für das Denkmalensemble. Insbesondere für die Bebauung am Alexanderplatz und die Neugestaltung des Straßenraums der «neuen» Karl-Marx-Allee wachsen die gestalterischen Ansprüche. Werden endlich auch das Haus des Reisens und die letzte noch nicht wärmege- dämmte „Platte“ in der Schillingstraße unter Denkmalsschutz gestellt?

Was ändert sich für Anwohner, Eigentümer und Gewerbetreibende in den betreffenden

Gebieten? Wie kann der Welterbe-Status die Gebiete in ihren Qualitäten erhalten und weiterentwickeln, wo ist Handlungsbedarf, um dem hohen Anspruch in Gestaltung und Funktion zu genügen?

Mit der Diskussion in der Akademie der Künste am 15. Dezember, 19 Uhr, und dem Kolloquium im Berliner Congress Center am Alexanderplatz am 16. Dezember, 10 bis 20 Uhr, soll der Berliner Antrag einer breiten Öffentlichkeit und insbesondere den Anwohnern bekannt gemacht werden. Sie sind herzlich eingeladen!

**Thomas Flierl, Vorsitzender der
Hermann-Henselmann-Stiftung**

Infos: www.hermann-henselmann-stiftung.de

Menschen in Mitte

Imam Abdallah Hajjirs soziales Engagement in Moabit

Hätten Sie das gedacht, dass der Imam der islamischen Gemeinde in der Moschee in Moabit von Beruf Diplombauingenieur ist und als Bauleiter und Kalkulator mindestens 150 Häuser in Berlin, Potsdam, Bernau und Oranienburg mit errichtet hat?

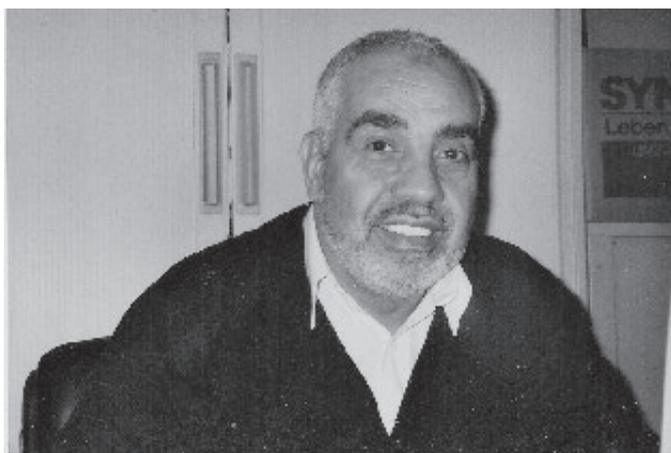
Jeden Freitag ist Abdallah Hajjir der Prediger für die Muslime im „Haus der Weisheit“ in der Rathenower Straße. Die Qualifikation dafür hatte er sich unter anderem in Seminaren an der Kairoer Universität geholt. An allen anderen Tagen werden in den Räumen des Gebetshauses Familien beraten, wird diskutiert, Deutsch und Arabisch gelernt, islamische Musik gespielt und hin und wieder gefeiert.

Der gebürtige Jordanier, der 1978 nach Berlin kam, ist der emsige Leiter des deutsch-arabischen Kulturvereins, der sich die Integration der Religionen und Kulturen in Berlin zum Ziel gemacht hat. Eine beeindruckende Alternative zum Bauberuf, in dem er arbeitslos wurde.

Spricht der Sohn eines Tischlers im damaligen Ramallah von seinen vielen Aufgaben, kann man kaum glauben, dass er diese alle in eine Reihe bekommt. Als ausgebildeter Mediator hilft er Nachbarschafts-, Familien- und Ehekonflikte zu klären. Speziell an Schulen des Kiezes spricht er als erfahrener Sozialarbeiter mit Schülern, Lehrern und Eltern. Am Menzel-Gymnasium gibt er Mathematik-Förderunterricht. „Rechnen war für mich von klein auf die stärkste Strecke“, erklärt er. „So konnte ich schon manchem Schüler die Versetzung retten“. Unter seiner Anleitung geben rund 15 ehrenamtliche Mitarbeiter Nachhilfunterricht, organisieren Sprachkurse für Deutsch, begleiten Hilfesuchende zu Behörden.

Wenn man will, geht alles, man muss nur wollen

„Mit 56 Jahren bin ich jetzt noch Student im letzten Semester des Studienganges Soziale Arbeit und Pädagogik an der Alice-Salomon-Hochschule und dort zusätzlich Lehrbeauftragter für Arabisch“, sagt er schmunzelnd. Als sei das alles noch nicht ausreichend, leitet er auch noch an den



Einsatz für Moabit – Imam Abdallah Hajjir

Foto: Matthias Herold

Samstagen und Sonntagen eine Arabisch-Sprachschule für 150 Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

„Ich kann auf das soziale Engagement nicht verzichten“, unterstreicht er und fügt selbstbewusst hinzu: „Die anderen können auf mein Engagement aber auch nicht verzichten“. Im Moment jedoch gehört seine Vorliebe dem Schreiben. „Ich will mein erstes Buch zum Arbeitsthema ‚Lücken und Brücken der Religion‘ herausgeben, darin meine wirklich reichen Erfahrungen bei der interreligiösen und interkulturellen Völkerverständigung darlegen“. Auch plant er noch, seine spannende Biografie festzuhalten. „Wenn man will, geht alles, man muss nur wollen“ lautet der Leitspruch des Vaters von zwei Mädchen und drei Jungen. Imam Abdallah Hajjir will noch viel erreichen - viel Erfolg dabei!

Matthias Herold

Kurznachrichten

► Wohnort beeinflusst berufliches Arbeitseinkommen

Ein Hamburger Beratungsunternehmen hat die Arbeitseinkommen in verschiedenen deutschen Städten untersucht. Danach weisen München, Frankfurt/Main und Stuttgart die höchsten Bruttoeinkommen auf. Am Ende der Liste stehen Berlin, Dresden und Leipzig. Die Nord-Süd und Ost-West-Differenzen, die als „klassische Unterschiede“ bezeichnet werden, lösen sich der Studie zufolge nicht auf.

► Mercedes baut Motoren in China

Sein erstes Motorenwerk außerhalb Deutschlands hat Mercedes in Peking eröffnet. In China wächst Mercedes nach eigenen Angaben gegenwärtig mit acht bis neun Prozent. Die Investition betrug 400 Millionen Euro. Man demonstrierte damit die „Zuversicht von Mercedes in eine Zukunft in diesem blühenden Markt“.

► Zügiges Wachstum - bei Leiharbeit und Werkvertrag

In der deutschen Metall- und Elektroindustrie arbeiten über eine Million als Leiharbeiter oder mit Werkverträgen – fast ein Drittel aller Beschäftigten in diesen Branchen. Das ergab eine Studie der IG Metall. Am auffälligsten zeigte sich diese Entwicklung in der Automobilindustrie. Dort gibt es neben der Stammebelegschaft von 763.000 Beschäftigten etwa 100.000 Leiharbeiter und 250.000 Menschen, die mit Werkverträgen in aller Regel außerhalb tariflicher Bestimmungen arbeiten.

Alex neu denken

Warum die Pläne für einen der wichtigsten Stadtplätze auf den Prüfstand gehören.

Katrin Lompscher, Sprecherin der LINKEN für Stadtentwicklung, lädt ein zur öffentlichen Diskussion.

Montag, 9. Dezember 2013, 18 bis 20 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin, Raum 376

Mit Bruno Flierl, Architekt; Kristina Laduch, Amtsleiterin Stadtplanung im Bezirksamt Mitte; Prof. Dr. Wolf R. Eisentraut, Architekt; Ulrich Paul (Journalist), Berliner Zeitung und Carola Bluhm, in Mitte direkt gewählte Abgeordnete der LINKEN

Bei anderen gelesen

► Tacheles zu verkaufen – Ruine für 200 Millionen

Der Eigentümer bietet nach der Räumung das frühere Kunsthaus Tacheles und das dazugehörige Areal in der Oranienburger Straße zu einem saftigen Preis an. Laut Bebauungsplan dürfen auf dem Gelände Gewerbe und Wohnungen entstehen. Für die durch die Künstler benutzte Ruine ist eine kulturelle Nutzung festgeschrieben. Sie steht unter Denkmalschutz.

„taz“, 21.11.2013

► Deutschland genehmigt mehr Rüstungsexporte

Obwohl im Jahresvergleich die Ausfuhr zurückging, ist der Trend aber anders. Deutschland verkauft immer mehr Kriegsgüter an Staaten außerhalb von NATO und Euro. Zu Rüstungsexporten zählen nicht nur Kriegswaffen wie Panzer, Handfeuerwaffen und Torpedoteile, sondern auch Rüstungsgüter wie Transportfahrzeuge, Funkausrüstung, Maschinenräumungsgeräte und Schutzanzüge. „Zeit Online“, 20.11.2013

► Hauptausschuss stimmt Berliner Parlamentsreform zu

Die angestrebte Parlamentsreform in Berlin hat eine weitere Hürde genommen. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses billigte mit großer Mehrheit den gemeinsam erarbeiteten Gesetzentwurf. Die Kernpunkte sind eine bessere Ausstattung mit Büros und Mitarbeitern, straffere und lebendigere Parlamentsdebatten und höhere Vergütung für die Bezirksverordneten. Grüne und Linke hatten dagegen Bedenken angemeldet. „MOZ“, 20.11.2013

Abwärts zur Party – mit dem Aufzug ins „Brunnen 70“

Es wehte kalter Wind, als ich die U-Bahn am Bahnhof Voltastraße um ein Uhr nachts verließ. Freunde wollten ins „Brunnen 70“ gehen und ich ging mit. Man sollte gehen, solange man noch die Chance hat, in Berlin Mitte einen Club zu finden.

Die werden nämlich immer seltener. Nicht nur in Mitte, sondern überall im Stadtzentrum. Der ganze Prenzlauer Berg ist schon leer geklagt worden. Zu laut für die Anwohner, zu attraktiv für die Vermieter, als dass man dort

die, die es etwas privater haben, oder sich nur mal ausruhen wollten, gab es durch Vorhänge abgeschiedene Räume, die auch mit Sofas ausgestattet waren.

Wem der ganze Zigarettenqualm nichts ausmacht, sollte auf alle Fälle mal das „Brunnen 70“ besuchen. Es ist eine surreale Erfahrung und etwas anders als die meisten anderen Clubs. Hier macht es tatsächlich Spaß, zum Feiern in den Keller zu gehen.

Andreas Böttger



Clubs in Wedding – schon lange kein Geheimtipp mehr

Foto: Brunnen 70

nicht Eigentumswohnungen draus machen oder die Mieten explodieren lassen könnte.

Als ich den U-Bahnhof verließ, dachte ich zuerst, der Club sei schon verschwunden. Man konnte nicht den typischen Eingang sehen, keine laute Musik, die irgendwo herausschallte, keine Menschenmassen, die anstanden. Zum Glück wussten meine Freunde, wo sich der Eingang befand. Ziemlich versteckt und abgelegen, ein Schild gab es nicht, nur ein paar Absperungen und Türsteher deuteten darauf hin, dass es hier einen Club gibt.

Nach der üblichen Taschenkontrolle, dass man keine Getränke hineinschmuggelte, kam die nächste große Überraschung: Ein Lastenaufzug öffnete sich, darin stand ein Sofa. Man fuhr hinab auf die Dance-Floors. Das konnte man wohl im wahrsten Sinne des Wortes einen Undergroundclub nennen.

Am Eingang gab es Karaoke, auf mehreren Floors spielte unterschiedlichste Musik, bei der für jeden Geschmack was dabei war und die Preise an der Bar waren human. Aber erstmal musste getanzt werden. Motto der heutigen Party war Royal Wedding. Dies äußerte sich darin, dass überall Leute mit Farbe angemalt wurden, die im UV-Licht aufleuchteten. Für

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit Rechtsanwalt André Roesener:

- **An jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum

„Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

- **Jeden Mittwoch im Monat**

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht**

(Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und

Arbeitsrecht durch die Rechtsanwälte Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter

von 17.00 bis 19.00

(keine Anmeldung erforderlich) im

LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Puppentheater Firlifanz
Preußische Marionettenoper

Firlifanz und Glühwein
2013

Anekdoten
von Künstlern, Berlinern und Menschen

Ein heiterer Abend
mit Harald Preuß, Siegfried Wein und Gerd Gieß
sowie dem Marionettenensemble des Theaters

Termine:
17.12., 16.00 Uhr,
18., 19., 20. und 21.12., 20.00 Uhr

Kontakt:
e-mail: kontakt@puppentheater-firlifanz.de
Tel.: 030/2833560
Sophienstr. 10, 10178 Berlin-Mitte
Eintritt 14 Euro

Stadtspaziergänge mit kritischem Blick

Vom Einfachen das Gute

Fast neben dem Polizeigebäude in der Invalidenstraße gibt es israelischen, sprich nahöstlichen Hummus, und nebenan werden bald norwegisch-amerikanische Burger gegrillt.

Einige Läden weiter locken handgefertigte französische Tartes, das nachfolgende Geschäft nennt sich altmodisch Das Gute vom Einfachen und führt kulinarische Regionalkunst: Brot, Wurst, Käse, Konfitüren und mehr. Von jenseits der deutschen Grenzen kommt das Wenigste. Etwas weiter verkauft „Kochtail“ wunderbare Küchenutensilien, die mir zum Kochspaß dienen. Der Neuberliner Joe, Werbefachmann in New York, hat sich mit dem Laden den Kindheitstraum erfüllt. Nur zwei Häuser weiter schält sich eine Fleischerei anderer Art aus dem Umbau.

Immer öfter geht es hier um Bio, aber Princessin Cheesecake hat in der Tucholskystraße den Aufkleber der Slow Food an die Tür geklebt. Slow Food ist die kulinarisch-politische Bewegung aus Italien, die Ende der 60-er Jahre parallel zum Parteiausschluss einiger kommunistischer Abweichler fast zufällig entstand. Ein gleichnamiger Film erzählt verblüffend

unterhaltsam, wie gut heimische Politik schmecken kann.

Diese Art Langsamkeit assoziiert niemand mit Berlins Mitte, dabei beginnt sie, sich einzurichten. Andersorts dümpelt öffentlich der Flughafen, wird ums Schloss gezankt, soll der Leipziger Platz boomen, wird hinterm Hackeschen Markt aus-, um- und eingezogen, scheint der eingeschlafene Luxusweiterbau zwischen Monbijou-Ufer und Oranienburger Straße zu erwachen, doch weithin unbemerkt gestaltet sich die einstige Armeleuteggend zwischen Rosenthaler Vorstadt und Nordbahnhof um, wo das alte Kinderplanschbecken hinterm provisorischen Zaun eine bezirkliche Schande ist. Auch im dreizehnten Jahr des Jahrhunderts wurden solche Vorhaben verpatzt.

Der Weihnachtsmarktrummel hingegen ist privat installiert und materiell erfolgreich. Am Brandenburger Tor wiederum bezeugt die unabhängige jüdische Bewegung Chabad Lubawitsch mit einem 10 Meter hohen Chanukka-Leuchter wie in New York, dass nicht nur Weihnachten ansteht. Auch vor der Galeria Kaufhof am Alexanderplatz erinnert der große Leuchter acht Tage daran,



Litfaß heute – Bahnwand in der Dirksenstraße

dass in Berlin wie in aller Welt öffentlich und privat der historische Sieg einer kleinen Schar Juden über die gegnerische Armee, der Sieg des Lichts über die Finsternis sehr einfach, sehr fröhlich und weithin leuchtend gefeiert wird.

Irene Runge

Nach dem Volksentscheid: „Wir bleiben dran“

Fast 600.000 Menschen haben ihre Stimme zum Volksentscheid über die Zukunft des Berliner Stromnetzes abgegeben, fünf Sechstel davon stimmten mit „Ja“. 0,9% der Wahlberechtigten mehr und der Berliner Energietisch hätte sein Ziel erreicht. Stefan Taschner, einer der Sprecher des Berliner Energietisches erklärt, warum trotzdem nicht alles vorbei ist.

Nur wenige Stimmen fehlten, was verhinderte den Erfolg des Berliner Energietisches?

ST: Da spielen viele Faktoren zusammen, ein wichtiger Grund war mit Sicherheit der Extra-Termin, der von der Bundestagswahl abgekoppelt war.

Was ist mit den Berliner Medien? Die Morgenpost hat erklärtermaßen für „Nein“ geworben ...

ST: Nun ja, natürlich hat uns nicht jeder

Artikel gefallen, aber wir sind ja nicht im Streichelzoo. Nein, insgesamt fand ich die Berichterstattung der Berliner Medien ausgewogen und fair.

Wie geht's weiter – wird der Berliner Energietisch nun abgewickelt?

ST: Im Gegenteil! Unser Bündnis will sich bei der Konzessionsvergabe zum Netz im nächsten Jahr zu Wort melden und auch bei den Stadtwerken darauf drängen, dass diese ein Konstrukt werden, das mehr als nur ein paar hunderte Haushalte versorgen kann – Stadtwerke also, die ihren Namen verdienen. Dazu gehört, dass diese, ganz branchenüblich, Strom, vor allem Öko-Strom hinzukaufen können und auch finanziell gut ausgestattet werden. Die Mini-Version des Senats reicht hier nicht. Dann werden wir auch ein genaues Augenmerk darauf haben, dass „Berlin Energie“ gut aufgestellt ist und eine gute Bewerbung abgibt. Diese groben

Pläne werden wir demnächst verfeinern und konkretisieren.

Und die Unterstützer?

ST: Die unterstützenden Parteien sind weiterhin dabei – ein diesbezüglicher Antrag wurde vom Landesparteitag der LINKEN angenommen, aber auch die beteiligten außerparlamentarischen Organisationen machen weiter mit. Das freut uns und gibt uns Mut.

Was haben die Berliner also vom Energietisch 2014 zu erwarten?

ST: Wir starten Anfang des Jahres wieder mit kreativen Kampagnen. Mehr will ich noch nicht verraten – es soll ja ein bisschen spannend bleiben.

Weitere Informationen zum Berliner Energietisch unter:
www.berliner-energietisch.net

André Ullmann

Es lebe das Haus der Gesundheit !

Ziehen wir eine Zwischenbilanz zum Kampf um den Erhalt des Hauses der Gesundheit am Alexanderplatz. Am 4. November hatten wir eine beeindruckende und berührende Diskussion im Kino „Babylon“. Über 500 Teilnehmer haben mit dem Gesundheits senator Czaja und Herrn Möhlmann vom Vorstand der AOK Nordost diskutiert. DIE LINKE und Fokus e.V. hatten dazu eingeladen.

In der Debatte ging es hoch her, und der verantwortliche Senator musste viel Kritik mitnehmen. Seine Grundthese, das Gebiet rund um die Karl-Marx-Allee sei viel besser versorgt als das Gebiet um das Unfallkrankenhaus in Marzahn wurde sekundiert von der AOK, die auf über 70 niedergelassene Ärzte im Umfeld des Hauses der Gesundheit verwies, die die Versorgung übernehmen könnten und müssten.

Beide Behauptungen wurden an dem Nachmittag glasklar und sehr engagiert widerlegt. Die hohe Qualität der medizinischen Versorgung, die das Haus der Gesundheit unverzichtbar machen und die große Zahl älterer, oft behinderter Patienten standen dabei im Zentrum der Aussprache. Alle Patienten, Angehörigen und Ärzte, die das Wort ergriffen, bekräftigten die Notwendigkeit des Erhalts dieses Gesundheitszentrums, an dem richtig gute Medizin gemacht wird.

Klar wurde, dass bei Verlagerung der Arztstühle die medizinische Versorgung in

diesem großen Wohngebiet nicht mehr gewährleistet werden kann, da auch die umliegenden Gegenden wie das Andreasviertel nicht ausreichend versorgt sind.

Es liegt jetzt ein Papier vor, das gemeinsam von Wissenschaftlern der Beuth-Hochschule und einer Mitarbeiterin des Bundesumweltamtes erarbeitet wurde. Hier werden die oben genannten Versorgungsregionen verglichen und der Demographie-Faktor (Altersstruktur) einbezogen. Das Ergebnis ist ebenso eindeutig. Der hausärztliche Versorgungsgrad sinkt in der Berechnung auf 87 %, und der einzige Urologe und die einzige Frauenärztin können einfach nicht verlagert werden. Die Studie ist in unserer Bezirksgeschäftsstelle erhältlich oder auf Anfrage per E-Mail. Wir werden diese Analyse weiterführen. Auf dieser Grundlage wird die Kassenärztliche Vereinigung eine verantwortungsvolle Entscheidung treffen.

Unser gemeinsames Ringen um das Haus der Gesundheit muss einfach erfolgreich sein! Wir haben schon ganz schön viel



Hunderte Einwohner fordern den Erhalt des Hauses der Gesundheit

Foto: Lederer

erreicht, aber wir müssen weitermachen, dann werden wir es schaffen.

Carola Bluhm

Schreiben Sie Ihren Standpunkt zur geplanten Schließung an die

**Kassenärztliche Vereinigung Berlin,
Zulassungsausschuss, Masurenallee 6a,
14057 Berlin!**

Was geht uns Europa an? – Das Internet

Für viele ist die Europäische Union nur ein bürokratisches Ungetüm, das weit entfernt in Brüssel entscheidet, wie krumm eine Banane zu sein hat, damit sie verkauft werden darf, oder die gerne Glühbirnen verbietet. EU-Verordnungen (im Gegensatz zu Empfehlungen und Richtlinien, die auch erlassen werden können) brechen Landesgesetze. Werden Glühbirnen per Verordnung verboten, kann kein Land der EU ein Sondergesetz zur Rettung von Glühbirnen erlassen.

Darum hat die EU auch viel mehr Einfluss auf das Leben der Menschen, als die meisten denken. SPD und CDU diskutieren z.B. in ihren Koalitionsverhandlungen über die

Netzneutralität, d.h. darüber, inwieweit geregelt werden muss, wie frei der Zugang zum Internet ist und inwieweit Zugangsprovider Zugangshürden für Inhalte anderer Anbieter aufbauen dürfen.

Doch sollte die Verordnung zur Netzneutralität, die von Neelie Kroes, EU-Kommissarin für die Digitale Agenda, dem Europäischen Parlament vorgelegt wurde, Gesetzeskraft erlangen, ist alles, was CDU und SPD verhandelt haben, nichtig. Dann ist seitens der EU geregelt, was z.B. die Telekom oder jeder andere Provider darf und was nicht.

Der EU-Entwurf sieht auf den ersten Blick gut aus. Geht man jedoch tiefer in den Sumpf der Formulierungen, erkennt man, dass man

es hier mit einer leeren Hülle zu tun hat, die eindeutig die großen Monopolisten begünstigt, die in fast allen Ländern den größten Teil der Internetzugänge in ihrer Hand haben. Mit dieser Verordnung wird ihnen erlaubt, das Internet zu kastrieren und ihre eigenen Dienste zu bevorzugen. Es wird ihnen gestattet, eigene Inhalte anzubieten und dafür die Inhalte anderer Anbieter zu verlangsamen. Das freie Internet wird zerstückelt und zu einem Netz des Zugangsbetreibers, zu einem Kommerznetz, verkleinert.

Darum ist es wichtig, am 25. Mai zur Europawahl zu gehen, um den unsozialen, undemokratischen, unfreien Kräften die Rote Karte zu zeigen und die Linke zu wählen.

Andreas Böttger

Das ist das Letzte

„So viel Heimlichkeit in der Weihnachtszeit! ...“ Die Wohnungsbaugesellschaft-Mitte überraschte ein 20-stöckiges Hochhaus auf der Fischerinsel zum Advent mit einem Bagger. Der Bagger buddelte einen tiefen Graben im Hof. Der Graben versteckt Großcontainer der Stadtreinigung mit fünf Kubikmeter Fassungsvermögen. Das kostet ein Vermögen. Aber man weiß ja: Müllgruben sind eine Art Goldgruben. Erst recht, wenn die Mieter alles sauber sortieren: Papier und Pappe, Gläser und Verbundstoffe, Wertstoffe und Bio-Müll. Das freut die „Goldgräber“, die aber den Gewinn ungerne mit den Mietern teilen. So kam – mit oder ohne Lobby – 2009 eine neue Bauordnung für Berlin heraus, die das Aus für die vorhandenen Müllschlucker ankündigte. Das empörte Echo aus vielen Häusern verlangte dann aber die Nachbesserung des § 46 durch den Zusatz, dass die Müllschlucker weiter genutzt werden können, wenn die Mülltrennung und der Brandschutz hinreichend gewährleistet sind. Das wurde diesem Hochhaus mehrfach bescheinigt. Doch dann erfand die WBM mit der BSR das „Pilotprojekt Unterflurentsorgung außer Haus“. Das soll gründlicher, sicherer und rentabler sein als bisher. Dagegen erhoben über 70 Prozent der Mieter Einspruch: Wer jetzt nicht Gläser und Deckel trennt, tut es dann auch nicht. Wozu penibel trennen, wenn der Müll hinterher vermengt und verheizt wird? Und da viele der 500 Bewohner betagt und gebrechlich sind, fragt man, wie diese Generation der Erbauer nun mit dem Rollator und fünf verschiedenen Müllsäcken über die zehnfache Wegstrecke bei Wind und Wetter auf den Hof kommen soll. Die anderen, inzwischen privatisierten Hochhäuser der Insel sind fein raus!

Egal, sagt die WBM nach „Gutsherrenart“, wir sind die Besitzer und wir diskutieren nicht! Wie passt das zu den Sonntagsreden von Demokratie und Mitbestimmung? Da muss man den Senat an die hohe soziale Verantwortung der kommunalen Wohnungsbetriebe erinnern. Die WBM wird das nicht schocken, weil gerade verkündet wurde, dass hierzulande die Managergehälter nicht auf das 20- oder 30-fache ihrer Mitarbeiter gekürzt werden dürfen. Welch ein Geschenk!

Arthur Paul

Die Mittendrin jetzt auch Online erleben:

► www.die-linke-mittendrin.de

und auf Facebook unter

► www.facebook.com/linke.md

Europäische Bürgerinitiative zum Bedingungslosen Grundeinkommen

Unterschriften für ein sozialeres Europa

Am 14. Januar 2013 hat die Europäische Kommission unsere Bürgerinitiative zum Bedingungslosen Grundeinkommen akzeptiert, heißt es auf der deutschen Internetseite der Europäischen Bürgerinitiative zum Bedingungslosen Grundeinkommen, einem Zusammenschluss europäischer Initiativen.

Ist die Europäische Bürgerinitiative (EBI) erfolgreich, muss die EU-Kommission eine öffentliche Anhörung zum Thema im Parlament ausrichten. Bis zum 14. Januar 2014 müssen dazu 1 Million Unterschriften gesammelt werden. Dann können die Organisatoren bei der EU-Kommission beantragen, dass diese das BGE als Instrument zur Verbesserung der Sozialsysteme erforscht.

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) soll keine Sozialleistung sein, sondern ein bedingungsloser individueller Rechtsanspruch; jedem zustehen, ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Zwang zur Arbeit oder anderer Gegenleistung. Es soll existenz- und teilhabesichernd sein, und wie in den EU-Verträgen vorgegeben, ein menschenwürdiges Leben garantieren.

In der Linken gibt es die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen. Und bekanntermaßen Zustimmung und Ablehnung. Prominente Befürworter sind

Katja Kipping, Stefan Wolf und Ronald Blaschke, der zu den Initiatoren der EBI gehört, Petra Pau, Halina Wawzyniak und Klaus Lederer.

Weltweit existieren Grundeinkommensinitiativen. Allein in Deutschland gibt es 103 Organisationen. BIEN, das internationale Netzwerk, wurde 1986 gegründet. Namibia, Indien und Brasilien haben Projekte auf den Weg gebracht. Und die Schweizer haben sogar entschieden, dass es bei ihnen eine Volksabstimmung über das BGE geben wird.

Aus dem Bezirksverband Mitte sind wir in der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Grundeinkommen aktiv, weil wir denken, dass das BGE ein erster Schritt in Richtung Umverteilung und mehr Gerechtigkeit sein kann. Ralf-Peter Engelke, der auch Verantwortung in der BAG übernimmt, sammelt schon seit Wochen Unterschriften. Bis zum Ablauf der Kampagne werden wir aus der LAG die Europäische Bürgerinitiative zum Bedingungslosen Grundeinkommen mit Straßensammlungen unterstützen.

Hier kann noch bis zum 14. Januar unterzeichnet werden!

<http://www.ebi-grundeinkommen.de>

Claudia Jacob / Ralf-Peter Engelke

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Metzler/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 26.11.2013

Ausgabetag für Nr. 01/2014 – 09.01.2014

Wir gratulieren im Dezember zum Geburtstag!

- Zum 93. Eveline Lüders
- zum 92. Margarete Marggraf
- zum 89. Marianne Berger
- zum 88. Werner Hötling, Hans-Ullrich Wolff
- zum 85. Ingeburg Ciesielski, Wilhelm Schmidt
Arthur Schultz, Gerald Wagner
- zum 84. Peter Thielmann
- zum 83. Jürgen Gruner, Gerhard Rohde
- zum 82. Günter Fröschner, Günter Grade
Waldin Reinsch, Ernst Ritschel
- zum 81. Christoph Kleinschmidt, Horst Rentz
- zum 80. Helga Lange, Hans Georg Ruthenberg